Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 480 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe
Montag, 29. September

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der amerikanische Senat wird sich demnächst mit der Fiumefrage beschäftigen.

* In Leipzig wurde das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat links der Elbe gegründet, zu dessen Vorsitzenden der Generaldirektor der Riebeckschen Montanwerke, Königl. Bergmeister a. D. Hoffmann, gewählt wurde.

* Der englische Eisenbahnerstreik ist in vollem Gang.

* Der erste deutsche Dampfer ist mit 600 Kriegsgefangenen in Wilhelmshaven eingetroffen.

Das neue Braunkohlen-Syndikat gegründet

(Drahtbericht unseres ss-Sondermitarbeiters.)

Leipzig, 28. September.

Nach langwierigen Verhandlungen ist in der vergangenen Nacht das von der Regierung verlangte Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat endlich zustandegekommen. Fast alle Werke links der Elbe sind in dem Syndikat vereinigt. Zum Vorsitzenden des am 1. Oktober seine Tätigkeit aufnehmenden Syndikats wurde der Generaldirektor der Riebeckschen Montanwerke, Königl. Bergmeister a. D. Hoffmann, gewählt. Der Sitz des Syndikats ist Leipzig.

Eine ernste Warnung

Aus Genf wird aus zuverlässiger Quelle gemeldet: Hier verlautet mit Bestimmtheit, daß die alliierten Regierungen in den Deutschland benachbarten neutralen Ländern Organisationen gründen, die den Zweck verfolgen, den alliierten Regierungen bei der Auslieferung deutscher Staatsangehöriger zur Aburteilung vor Gerichten der alliierten Mächte alle erforderliche Hilfe zu leisten.

Mit dieser Nachricht ist ein Vorfall in Verbindung zu bringen, der jüngst aus Schlesien gemeldet wurde: Hier versuchte ein Herr mit einem Offizier Fühlung zu nehmen und ihn über Personalien eines Kameraden auszufragen. Die Art, wie dies geschah, läßt mit Bestimmtheit darauf schließen, daß es sich um Feststellung gewisser Anhaltspunkte für die Auslieferung handelte. Offenbar werben die Organisationen der feindlichen Büros in Deutschland Agenten oder senden solche Agenten vom neutralen Auslande herein mit dem Auftrage, mit Offizieren, vielleicht sogar unmittelbar mit den Auszuliefernden, Fühlung zu nehmen, um über deren persönliche Verhältnisse, besonders über Aufenthaltsort und Absichten, Nachrichten zu erlangen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie sich sogar anbieten, den Betreffenden zur Flucht zu verhelfen, um so sicherer zum Ziele zu gelangen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin, 28. September.

Hier wird gemeldet, daß der Dampfer „Orotava" mit rund 600 Kriegsgefangenen als erster deutscher Dampfer aus England von Humber in Wilhelmshaven eingetroffen ist. Der Dampfer war von der Admiralität in Fahrt gesetzt und ausgerüstet worden.

Fiume, das Weltgespräch

Amerika mischt sich ein — D'Annunzios Botschaft an den König — Der unschlüssige Kronrat.

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Rotterdam, 28. Sept.

In Washington ist man der Ansicht, daß die Rückkehr Wilsons die Debatte über den Vertrag auf den Höhepunkt bringen wird. Die Debatte beschäftigt sich hauptsächlich mit D'Annunzio und der Fiumefrage. Im Senat erklärte Hitchcock, daß der Zwischenfall von Fiume unmöglich gewesen sei, wenn die Vertrag ratifiziert und der Völkerbund in Tätigkeit gewesen wäre. Die Verantwortlichkeit darüber ruht auf denen, die diese Verzögerung hervorgerufen haben. Einige andere Sprecher vertraten die Ansicht, daß die Landung der amerikanischen Marinesoldaten eine Kriegsgefahr gegen Italien sei.

*

Rom, 27. September.

Laut „Epoca" sandte d'Annunzio an den König von Italien eine Botschaft, in welcher er ihn über die Lage in Fiume unterrichtet und ihn beschwört, die Rechte seiner Krone auf die Stadt nicht aufzugeben.

Rom, 27. September.

Der römische Korrespondent des „Secolo" bestätigt, daß der Kronrat die Angelegenheit von Fiume erörterte. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht: Ein Mitglied beantragte kurzweg die Annexion, da Italien auf die Zustimmung Frankreichs und Englands rechnen könne, andere wollten der Annexion einen neuen Schritt bei den Alliierten vorangehen lassen, noch andere erachten die Manifestation des italienischen Parlaments als genügend.

Rom, 27. September.

Laut „Tribuna" wird die Kammer die Erklärung Tittonis über die Stellung des Ministeriums in bezug auf die Angelegenheit von Fiume nicht diskutieren. — Nach der Abstimmung werde die Kammer aufgelöst und die Diskussion über den Friedensvertrag bis zum Zusammentritt der neuen Kammer vertagt werden.

Lugano, 27. September.

Giolittis Antrag im Kronrat, Fiume mit regulären Truppen zu besetzen, wurde angenommen. Heute soll die Kammer wegen dieses Beschlusses befragt werden.

Basel, 27. September.

„Daily Mail" meldet aus Rom: Der Gemeinderat von Rom hat eine Sympathiekundgebung an d'Annunzio beschlossen. Die Garnisonen Verona und Padua haben an das Armee-Oberkommando eine Kundgebung gelangen lassen, in der gegen die Ententemaßnahmen in Fiume Einspruch erhoben wird.

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Lugano, 28. Sept.

„Popolo d'Italia" meldet aus Rom: Tittoni sei fest entschlossen, zurückzutreten, nachdem die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Nitti unüberbrückbar seien. Tittoni wird ein Koalitionskabinett bilden.

Zur Veröffentlichung der Dokumente

Vereinigung von Presseämtern der Regierung.

Berlin, 28. September.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung erklärte der Reichskanzler, daß die Presseabteilung der Reichskanzlei mit der des Auswärtigen Amtes vereinigt werde der Direktor aber des Ganzen dem Reichskanzler unterstellt werden soll, um die Einheitlichkeit zu wahren und dem für die Gesamtpolitik verantwortlichen Reichskanzler den nötigen Einfluß zu sichern. Die Vereinigung der beiden Pressereferate liege im Interesse einer einheitlichen Politik. Vor der Neuorganisation seien Vertreter der Presse gehört worden.

Der Minister des Auswärtigen, Müller, führte aus: Die auf den Krieg sich beziehenden Dokumente sollen alle herangezogen und ohne jede Tendenz veröffentlicht werden. Mit den Veröffentlichungen werde wohl Mitte Oktober begonnen werden können.

Zu früh gemeldet . . . .

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Genf, 28. September.

Die gestern abend in den Wandelgängen der Kammer verbreiteten Gerüchte von der Ermordung Caillaux bestätigen sich nicht. Auch das Gerücht von der Ermordung Lenins, das sich wohl auf die Kopenhagener Meldung von seiner angeblichen Gefangenhaltung im Moskauer Kremel stützt, ist ebenfalls dementiert worden.

Bleibt Masuren deutsch?

Günstige Abstimmungsaussichten.

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Thorn, 28. September.

Die Volksabstimmung in Masuren-Ermland scheint, wie auch polnische Blätter berichten, für die Deutschen günstig. Das polnische Masurenblatt „Gazetta" und „Olsztynska" meldet, daß auf dem Kongreß nach Westfalen ausgewanderter Ostpreußen in Eicke die Mitteilung gemacht werden konnte, daß 60 000 stimmberechtigte Ostpreußen zur Abstimmung in der Heimat seien.

Naumanns Nachfolger

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 28. Sept.

Der Parteiausschuß der deutschen demokratischen Partei hat den Abgeordneten Senator Dr. Petersen-Hamburg einstimmig mit vorläufiger Wahrung der Geschäfte des Vorsitzenden des Parteiausschusses an Stelle des verstorbenen Dr. Friedrich Naumann beauftragt.

*

Der Eintritt der Demokraten in die Regierung hat gestern eine Fraktionssitzung der deutsch-demokratischen Partei beschäftigt. Die endgültige Regelung dieser Frage ist vor Montag nicht zu erwarten. Für den Fall des Eintritts der Demokraten in die Regierung sollen den Demokraten drei Ministerposten zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wird eine Umbildung des Kabinetts notwendig. Das Reichsjustizministerium, das dem Abg. Schiffer übertragen werden soll, ist allerdings im Augenblick unbesetzt. Anders steht es aber mit dem Reichsministerium des Innern, als dessen neuer Leiter der Abgeordnete, Oberbürgermeister Koch (Kassel) genannt wird. Der jetzige Reichsminister des Innern Dr. David weilt im Bade, so daß mit ihm noch nicht verhandelt werden konnte. Dr. David soll dem Kabinett auch ferner angehören; an welcher Stelle, dürfte von den Besprechungen mit ihm abhängig sein. Der dritte Posten, der den Demokraten überlassen werden soll, ist das Verkehrsministerium. Es war davon die Rede, dieses Ministerium dem jetzigen preußischen Verkehrsminister Oeser anzubieten, aber Oeser dürfte vorläufig auf seinem jetzigen, sehr schwierigen Posten bleiben.

Kaiser Karl.

Im Verlage von Leonhardts Universitätsbuchhandlung in Wien erscheint in den nächsten Tagen ein Memoirenbuch, betitelt „Kaiser Franz Josef und sein Hof". Der bereits verstorbene Verfasser der Memoiren, dessen Name nicht genannt wird, war ein persönlicher Ratgeber des alten Kaisers. Während seines langen Lebens hatte er eine Fülle von Aufzeichnungen über das Wiener Hofleben gemacht, und diese nachgelassenen Papiere sind nun von Dr. Josef Schneider veröffentlicht worden. Aus den Aufzeichnungen geht hervor, daß ihr Verfasser ganz im Fahrwasser des demokratischen „Verständigungsfriedens" schwamm. So wenig wir der politischen Auffassung des Verfassers zustimmen können, so ist doch anzuerkennen, daß von einer Reihe politischer Persönlichkeiten treffende Charakteristiken gegeben werden. Aus dem Anhängebogen des Buches, die uns der Verlag in liebenswürdiger Weise schon jetzt zur Verfügung gestellt hat, wollen wir unseren Lesern das Urteil des Verfassers über den früheren Kaiser Karl mitteilen, das uns gerade deshalb von besonderem Interesse zu sein scheint, weil es von einem „Verständigungspolitiker" über einen „Verständigungspolitiker" abgegeben wird.

Von allem Anbeginn kennzeichnete sich die neue Epoche und damit Kaiser Karls Tätigkeit durch eine unglaubliche Verschwendung von „Henkersbriefen", welche allerdings nicht so tragisch zu nehmen waren als die „Bills of attainder" der Tudors. Unbedingter Grundsatz bei allen neuen Ernennungen war, daß die berufenen Personen „alte Bekannte" Kaiser Karls sein mußten, und nach demselben Prinzip erfolgte auch die Berufung aller Beamten der Kaiserin Zita. Durch diese Uebung eröffneten sich den Offizieren des 7. Dragoner-Regiments, in dem Kaiser Karl viele Jahre gedient hatte, die glänzendsten Aussichten: In Hofkreisen wurde die neue Regierung einfach kurz und bündig die „Herrschaft der Siebener-Dragoner" genannt. An Stelle des erprobten, betagten Generaladjutanten Paar trat General Prinz Lobkowitz, der langjährige Oberstthofmeister aus Kaiser Karls Erzherzogszeit Bolfras wurde durch General Marterer ersetzt. Die überstürzte Kaltstellung der erfahrenen, alten Würdenträger war eine verderbliche, unverantwortliche Maßnahme, welche den jungen, unerfahrenen Kaiser nicht nur aller ernsthaften und unparteiischen Ratschläge beraubte, sondern ihn auch jedem unvorhergesehenen Zufall als willenlosen Spielball auslieferte, was nachher des öfteren eintrat.

Während unter Franz Josef dessen Adjutanten keinen Einfluß außerhalb ihrer engbegrenzten Sphäre eingeräumt erhielten, war dies bei Kaiser Karl ganz anders. Gleich allen Beamten aus des Kaisers unmittelbarer Umgebung redeten auch die Adjutanten in manchem mit, wenn auch nur fallweise, so doch gewiß nicht immer zum Besten der Sache. Speziell zweien von ihnen schenkte der Kaiser in vielen Dingen gerne sein Ohr: dem Grafen Hunyadi, seinem besonderen Vertrauensmann und Freunde, und dem Oberstleutnant Brougier.

Graf Hunyadi galt als Hauptberater des Monarchen speziell in ungarischen Angelegenheiten und hatte auf den Kaiser nicht nur in dieser Richtung einen außerordentlichen Einfluß. Allerdings muß man zugeben, daß Hunyadi ein wirklich modern gebildeter, durchaus ernst zu nehmender, vielgereister und über bedeutende Lebenserfahrung verfügender Kavalier war. Gleiches kann man von dem zweiten, dem Kaiser sehr nahestehenden Adjutanten Brouier kaum behaupten, der als Typus des österreichischen Durchschnittsgenerals über gediegene militärische Kenntnisse gebot, aber dennoch vom Kaiser in dieser Richtung allzu hoch eingeschätzt wurde, wenn er ihn zum Hauptberater in militärischen Angelegenheiten nahm. Brouier wurde in Heeressachen geradezu allmächtig, weil Kaiser Karl diese zu allerletzt doch immer noch einmal mit ihm besprach und weil bei dem gutherzigen, sich seinen Freunden stets möglichst anpassenden Monarchen immer jener Recht behielt, der als Letzter des Kaisers Zimmertür hinter sich schloß. Der Chef des Zivilkabinetts, Schießel, wurde über Befehl des Kaisers von diesem Posten entfernt und an seine Stelle wurde ein höherer Kanzleibeamter des österreichischen Herrenhauses, Polzer, berufen. Dieser war ungewöhnlich jung, aber — allerdings die Hauptsache — persönlich mit Kaiser Karl seit dessen frühester Jugend eng befreundet. Er wurde vom Kaiser in dem kürzesten Zeitraume mit einem wahren Regen von Ehrungen und Beförderungen überschüttet, ohne daß er bis dahin überhaupt die Möglichkeit gehabt hätte, irgend etwas zu leisten. So ist es nicht verwunderlich, daß er darüber den Kopf verlor und wirklich selbst glaubte, ein hervorragendes Genie von außergewöhnlicher Festigkeit und eine politische Größe zu sein. Auch alle anderen Vorstände der Hofämter wurden eiligst und unvermittelt gewechselt; als einer der letzten trat Oberstthofmeister Fürst Montenuovo zurück, der durch den Prinzen Konrad Hohenlohe, einen Popularitätshascher schlimmster Sorte, ersetzt wurde. Als Montenuovo seinen Posten verließ, verlor der junge Kaiser den letzten gereiften Mann aus seiner Umgebung, der den Mut gehabt hatte, offen und deutlich seine Meinung auszusprechen und zu vertreten, selbst, wenn er wußte, daß dies dem Kaiser nicht erwünscht oder unangenehm sein könnte.

Der Minister des Aeußern Burian wurde enthoben und durch den früheren Bukarester Gesandten Grafen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909291-15/fragment/page=0001

Ottokar Czernin ersetzt; der Chef des Generalstabes, Conrad, und sein Stellvertreter, General Metzger, mußten dem General Arz und dem Obersten Waldstätten weichen, ebenso der österreichische Ministerpräsident Dr. Koerber dem Grafen Clam-Martinitz.

Conrad wurde mit einem Armeekommando an der Front gegen Italien betraut; er kam nach Tirol und dadurch auch in die Gelegenheit, jene Operationen direkt zu leiten, welche zu entwerfen eigentlich sein Lebenswerk gebildet hatten. Der alleinige Grund für diese Massenentlassungen war der, daß die Würdenträger bereits unter dem Vorgänger des jungen Kaisers im Amt gewesen und von ihm ernannt worden waren. Lediglich im Personenwechsel offenbarte sich der neue Kurs der Monarchie. Nur den Kommandanten der Flotte, den Admiral Haus, sollte Kaiser Karls „blauer Bogen" nicht erreichen; er wurde durch eine höhere Gewalt jählings vom Schauplatz seiner Tätigkeit abberufen.

So war der Kehraus alles dessen, was zur Aera Franz Josef gehört hatte, in der kürzesten Frist glücklich durchgeführt: die Wiener hatten bald ihren treffenden Witz für die Manie des Kaisers, sie nannten ihn kurz den „Putzweg". Der Rücktritt der alten Würdenträger war nicht gewaltsam mit derben Mitteln erzwungen worden, im Gegenteil, der gutherzige Kaiser überhäufte sie mit einer Fülle von Ehrungen, Titeln und Orden und Adelsverleihungen in einer gedankenlosen, zu Franz Josefs Zeiten völlig ungekannten und auch undenkbaren Art. Der alte Monarch pflegte persönlich jede Kundgebung des kaiserlichen Wohlwollens für seine Mitarbeiter genau zu erwägen, wahrte daher seinen Ehrungen einen wirklichen, unbestrittenen Wert, weshalb die kaiserlichen Auszeichnungen ernstlich begehrt und gebührlich eingeschätzt wurden. Kaiser Karl aber verlieh zum Beispiel dem General Conrad, den er namentlich nach seiner Heirat nicht mehr leiden mochte und den er auch gar nicht würdigte, gelegentlich seiner Enthebung nicht nur den Feldmarschallsgrad, sondern auch das Großkreuz des Maria-Theresien-Ordens, die höchste österreichische Kriegsauszeichnung. Kaiser Karl erfreute sich in den ersten Wochen seiner Regierung einer weitverbreiteten Volkstümlichkeit, wie sie die Völker jungen Herrschern stets gerne gewähren; außerdem wurde herumerzählt, er sei sehr demokratisch gesinnt, daher begrüßten ihn die breiten Massen mit um so größerer Zuneigung. In der Armee und Flotte wurden große Hoffnungen auf den neuen Herrn gesetzt, man erwartete von ihm männliche Taten und vernünftige, vom Zeitgeist getragene Neuerungen.

Die erste tiefgehende Enttäuschung bereitete der „demokratische" Kaiser Karl seinem Heer zu Weihnachten 1916, als er ohne jeden besonderen Anlaß eine Unmenge aristokratischer Reserveoffiziere beförderte, woraus erhellt, daß auch er am Schleppzau der Aristokratie hing, ja eine solche offene Willkür wäre unter dem „aristokratischen", aber gerechten Großonkel nie möglich gewesen.

Nach den Weihnachtsfeiertagen fuhr der Kaiser mit der Kaiserin und dem Kronprinzen nach Budapest, wo nach altem Brauch die Krönung des Kaiserpaares zum König und zur Königin von Ungarn mit ungeheurem Aufwand an Prunk und Festlichkeiten stattfand. Sogleich nach der Krönungsfeier verließen Kaiser und Kaiserin mit dem ganzen Gefolge plötzlich ohne besonderen Grund, einer momentanen Eingebung folgend, die ungarische Hauptstadt, die einen längeren Aufenthalt des Kaiserpaares erwartet und begehrt hatte. Dieses Benehmen nahmen die empfindlichen Ungarn äußerst übel und verziehen es dem jungen Herrscherpaar nie.

In den ersten Januartagen 1917 wurde ebenfalls ohne stichhaltige Motivierung das Hauptquartier von Teschen nach Baden bei Wien verlegt. Der Kaiser ließ sich hier nieder und kam äußerst selten und nur zu ganz kurzem Aufenthalt in die Residenz, womit er wieder die Wiener verletzte. So beraubte er sich selbst durch eigentlich harmlose, aber um so tiefer wirkende Unachtsamkeiten sehr bald aller Volkstümlichkeit. Um diese wieder zu heben, kam der darauf erpichte Kaiser auf ganz merkwürdige Einfälle. Beispielsweise wurde ein Mitarbeiter des Wiener „Fremdenblatt", Hauptmann Werckmann, mit seinem Stab von Kinooperateuren und Photographen in der Hofburg untergebracht, dem Generaladjutanten unmittelbar zugeteilt und mit der besonderen Aufgabe betraut, über den Kaiser, dessen Familie, die Erzherzoge und Erzherzoginnen verherrlichende Aufsätze zu verfassen, die mit allen Mitteln in der heimischen und neutralen Presse verbreitet wurden. Hauptmann Werckmann und seine Mitarbeiter begleiteten den Kaiser sogar auf allen seinen Reisen zur Front und anderswohin und erschienen im amtlichen Verzeichnis des kaiserlichen Gefolges als zu seinem Stab gehörig.

Rein persönlich war Kaiser Karl in allem und jedem das Gegenteil seines Vorgängers. Die die versagende Würde, die Franz Josef stets ausgezeichnet, machte einer nachlässigen Ungezwungenheit Platz, die vergaß, daß die hohe Stellung des Herrschers auch besondere Pflichten der Repräsentation einschließt. Sehr bemerkenswert war der völlige Mangel an jener Pünktlichkeit, die an Franz Josef immer und überall bewundert wurde, der nie diese Höflichkeit der Könige außer Acht ließ. Karl kam bei allen Gelegenheiten später als zur festgesetzten Zeit, und Leute, selbst Erzherzoge, die zur Audienz nach Laxenburg oder Reichenau befohlen waren, mußten dort Stunden und Stunden über den bestimmten Zeitpunkt im Vorzimmer warten, ehe sie vorgelassen wurden, oder schließlich, was auch öfter geschah, nach stundenlangem Warten mit dem Bescheid abziehen, daß der Kaiser sie diesmal nicht empfangen könne.

Karls Handschrift war flüchtig, charakterlos, ohne das leiseste Kennzeichen von Männlichkeit. Eine in Wien als scharfsinnige Graphologin bekannte Dame gab aus ein paar von Kaiser Karl geschriebenen Zeilen ein Charakterbild des Monarchen, das ihm keineswegs Ehre macht.

Es war drollig, zu hören, wieviel der Kaiser täglich arbeite; vom frühen Morgen bis in die späte Nacht sollte er tätig sein, aber nichts kam vorwärts. Ich hatte den Eindruck, er wäre einer jener Leute, die für nichts Zeit finden, weil sie stets vollauf mit dem Gedanken beschäftigt sind, eine entsetzliche Menge Arbeit vor sich zu haben, und die daher in Wahrheit gar nichts tun. Alles geschah oberflächlich und es kam wiederholt vor, daß der Kaiser den vortragenden Beamten, welcher zwei verschiedene Erledigungen eines Aktes zur Entscheidung unterbreitete, bat, zwecks Zeitersparnis nur eine, also die dem Beamten genehme Erledigung vorzulegen, deren Unterschrift ohnehin immer anstandslos erfolgte.

Die ruhige Schreibtischarbeit, in der sich Franz Josef durch genaue Lektüre der Zeitungen, der einlaufenden Berichte und Akten eingehend mit allen Vorgängen vertraut machte, um dann die gewünschte Erledigung anzuordnen, fehlte bei Karl vollkommen. Dazu hatte der junge Kaiser nicht das innere Gleichgewicht, es mangelte ihm auch an Interesse für die Dinge. Bei ihm mußte alles rasch gehen und gleich glatt entschieden werden; er verfügte sogar das Wichtigste auf Grund ganz kurzer mündlicher Vorträge seiner Kabinettschefs oder sonstiger bei ihm erscheinender Organe, leider auch oft nach dem Wunsche seiner unbefugt in Vielem mitredenden speziellen Freunde.

Er hatte nicht das Verantwortlichkeitsgefühl, daß eine offizielle Anordnung des Monarchen aufs gewissenhafteste vorbedacht sein müsse, weil sie, wenn einmal erlassen, nicht mehr rückgängig gemacht werden darf, soll nicht die Stellung der Krone und der Regierungsgewalt schwerste Einbuße erleiden. Kaiser Karl war wiederholt gezwungen, seine Befehle zurückzuziehen oder abändern zu lassen, wodurch nicht nur seine Autorität empfindlichsten Schaden litt, sondern wodurch auch in immer weiteren Kreisen der Glaube an die Monarchie überhaupt ins Wanken geriet. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn die Disziplinlosigkeit an höchster Stelle einreißt und ewig wahr bleibt der Napoleonische Aphorismus: Ordre, Kontreordre, Desordre!

Der Kaiser nahm sich nicht einmal die Mühe, die Lebensfragen seiner Staaten von Grund auf zu studieren, der tägliche Kleinkram der laufenden Geschäfte, dann die Sorge um seine Familie, an welcher Karl mit aufrichtiger Zuneigung hing, ein gelegentlicher Jagdausflug, eines der Hauptvergnügen aller Habsburger, und einige hastige, zwecklose Reisen füllten seine Zeit aus. Da man keine große Tat von ihm vernahm, begann man auch bald, keine mehr von ihm zu erwarten, seine Volkstümlichkeit schwand mit merklicher Raschheit, wozu wesentlich die Gerüchte beitrugen vom Einfluß, den die Kaiserin und ihre Familie ausübten, ein Einfluß, den die Oesterreicher mit seltener Entschiedenheit ablehnten. Die Kaiserin fühlte sich als Italienerin und ihre Brüder dienten in der französischen und der belgischen Armee. Diese Tatsache hätte dem Feingefühl des Kaisers genügen müssen, um während des Krieges einen lebhaften Verkehr mit der Familie der Herzogin von Parma zu vermeiden, und es wäre wohl auch angemessen gewesen, die Kaiserin bei ganz offiziellen Staatsangelegenheiten nicht gar so auffällig in die erste Reihe zu stellen.

Der Kaiser kümmerte sich aber nicht um das auffällige Mißtrauen der Bevölkerung, die Kaiserin begleitete ihn immer, selbst auf Reisen an die Front, sie war bei den Audienzen anwesend und erteilte offen Ratschläge in Staatsfragen; so bekam man mit der Zeit den Eindruck, von einer Italienerin regiert zu werden.

Es geschah öfter, daß die Kaiserin sogar ohne weiteres im Arbeitszimmer erschien, wenn der Kaiser amtliche Berichte entgegennahm, sich mit ihrem Gatten besprach oder ihn mit sich führte, so daß der betreffende Würdenträger allein bleiben und oft eine halbe Stunde länger warten mußte. Wenn der Kaiser dann zu seiner Arbeit zurückkehrte, war er durch den Einfluß der Kaiserin sichtlich umgestimmt, er verwarf, was er eben erst gebilligt und billigte, was er vorher verworfen hatte.

Auch die Herzogin von Parma hat einen ziemlich bedeutenden Einfluß auf den Kaiser gewonnen. Für die Denkungsweise dieser Dame, die ihrerseits von den jeweiligen Sekretären, Domestiken und anderen unverantwortlichen Personen gelenkt wurde, ist es charakteristisch, daß sie nach der Waffenstreckung Bulgariens äußerte, sie habe dieses Ereignis bereits damals vorausgesehen, als ihr die Kammerzofe nach dem letzten Besuch des Zaren Ferdinand mitteilte, daß der hohe Gast gegen die Dienerschaft grob gewesen war und keine Trinkgelder austeilen ließ.

Des Kaisers Wankelmütigkeit war um so verhängnisvoller, als er sofort und ohne viel Umstände einen neuerlichen Wechsel vornahm, wenn er jemanden nicht sogleich seinen Wünschen und Zumutungen willfährig oder entsprechend fand. So fühlte sich niemand vor plötzlichen Verstimmungen und Ränken sicher, niemand hatte den Ehrgeiz, mit Liebe und Taktfaß zu schaffen, denn die Frage: „Wer weiß, ob ich morgen noch im Amte bin", lähmte alle besseren Regungen, was den in diesen Zeiten besonders nötigen ruhigen Fortschritt von vornherein in Frage stellte.

Hier möchte ich noch erwähnen, daß der Monarch seine konstitutionellen Befugnisse und Rechte, ebenso aber auch die dadurch gegebenen Pflichten und Einschränkungen nahezu gar nicht kannte und mehr oder weniger einfach in dem Glauben lebte, daß in der Monarchie alles nach seinem Willen zu geschehen, er also nur anzuordnen habe. Seiner Umgebung kam es außerordentlich zustatten, ihn unbeirrt bei dieser grundfalschen Auffassung seines Herrscherberufes zu belassen, weil dadurch naturgemäß auch ihre Macht ins Ungemessene wuchs, da Kaiser Karl seinen unmittelbaren Ratgebern in allem und jedem vorbehaltlos ausgeliefert war.

Haenischs Vermittlung

Die Verhandlungen des Kultusministers Haenisch in Stralsund mit der Lehrerschaft über die Besetzung eines Kreisschulinspektor-Postens hatten ein befriedigendes Ergebnis. Der Minister fuhr dann in Begleitung mehrerer Regierungsvertreter und Schulleute nach Franzburg, um die am dortigen Lehrerseminar bestehenden Schwierigkeiten beizulegen. In Greifswald sollen heute Verhandlungen wegen des Schülerstreiks stattfinden. Auch ist eine Besichtigung der Universität und Verhandlung mit der Universität wegen der Ländereifrage in Aussicht genommen.

Das Geständnis des Attentäters Lindner

München, 27. September.

Der Attentäter auf den Minister Auer, der Schlächtergeselle Adolf Lindner, der bekanntlich vor einigen Tagen von Oesterreich unter der Bedingung ausgeliefert wurde, daß an ihm nicht die Todesstrafe vollstreckt werde, hat vor dem Untersuchungsrichter ein umfassendes Geständnis abgelegt. Lindner hat vor dem Kriege im Auslande ein ziemlich abenteuerliches Leben geführt. Während der Revolutionstage hielt er sich in München auf. Er war auch schon an dem nächtlichen Ueberfall in der Wohnung Auers beteiligt, wobei dieser zur Abdankung gezwungen werden sollte. Von der Ermordung Eisners hat er am 21. Februar in einem Traindepot gehört. Er ist dann sofort in das Bureau des revolutionären Arbeiterrates im Landtage geeilt. Dort ist man der Meinung gewesen, daß Auer bei der Ermordung Eisners seine Hand im Spiele gehabt habe. Auf Auer hat er aus politischen Ursachen immer den größten Haß gehabt. Dieser Haß hat ihm auch die Pistole in die Hand gedrückt. Er ist in der bestimmten Absicht, Auer zu erschießen, in den Sitzungssaal eingedrungen. Nach Abgabe der Schüsse hat er sich mit vorgehaltener Pistole aus dem Sitzungssaal zurückziehen wollen. Da bemerkte er, daß der Generalstabsmajor Garcis nach der Pistole griff, und schoß diesen nieder. Andere Schüsse hat er nicht abgegeben. Lindner flüchtete dann nach Oesterreich und Ungarn, wo er in der kommunistischen Bewegung eine Rolle spielte.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

56] Roman von Artur Brausewetter.

Bei Alfred hatte ich es so gut gekonnt — warum mißlang es bei mir selber?!

Da — mit einem Mal kam mir ein rettender Gedanke.

Ich dachte an all die seltsamen Einbrüche, die hier in nächster Nähe geschehen — ich konnte solch einen Einbruch auch hier ersinnen — einen Mord an Alfred — einen Versuch an mir selber — meine Wunden kamen mir gut dabei zu statten!

Wie ein Blitz war dieser Entschluß über mich gekommen.

Ich zog den Vorhang auf und öffnete das Fenster — auch die Tür, die zum Korridor hinausführte — dann legte ich mir alles zurecht, wie ich handeln wollte!

Und so habe ich gehandelt — bis zu dieser Stunde!"

„Aber das Messer?" fragte der Vorsitzende mit zitternder Stimme. — „Das Messer, mit dem Sie Ihre Tat getan?"

„Ich hatte es in meinem Rock verborgen — ich nahm es mit, als ich gleich darauf zum Arzt ging — da warf ich es am Strande fort — und da hat es der andere gefunden."

Eine lange, lange Pause folgte diesen Worten.

„Angeklagte," sagt schließlich der Vorsitzende und sucht die eigene Bewegung niederzudrücken, „nachdem Sie uns gesagt, aus welchen Motiven Sie diesen Mord getan, ist es mir noch unverständlicher als vorher, daß Sie ihn nicht von vornherein ruhig eingestanden haben. — Wie durften Sie — ich frage es Sie noch einmal — sich zu einer so hartnäckigen Leugnung vor diesem Gerichtshof hier verstehen?"

„Weil ich wußte, daß man mich hier nicht verstehen würde, nicht verstehen könnte — daß man mich verurteilen würde — wie eine Mörderin."

„Aber das sind Sie doch."

„Ich habe ihm eine Wohltat erwiesen."

„Nach Ihrer Meinung wären Sie also straflos?"

„Ich verdiene keine Strafe."

„Und Sie bereuen nicht einmal, was Sie getan haben?"

„Bereuen?!"

Sie sieht den Vorsitzenden mit den großen fragenden Augen an, als verstünde sie seine Wort gar nicht.

„Bereuen?! — Es war der letzte, der größte Dienst — und der schwerste, den ich ihm je getan — sein ganzes Leben lang —"

„Es wären noch andere Wege denkbar gewesen."

„Es gab keine anderen — ich habe meine Aufgabe erfüllt, und er wird mir danken dereinst."

„Sie haben einen Menschen getötet."

„Ja — aber aus Erbarmen — mit heiligem Rechte! Ein Wurm, ein Tier, das ein elendes Dasein führt, töten wir und nennen es Barmherzigkeit. Und einen Menschen, der mehr ist als ein Wurm, der elend und krank, und der niemand hat, der ihn lieb hat und ihn pflegt, den man nur erhält, um ihn auszubeuten — den dürfen wir nicht töten?"

„Nein, das dürfen wir nicht."

„Ich — aber ich mußte ihn töten. Es war meine heilige Pflicht ihm gegenüber. — Mit diesem Mord werde ich vor Gottes Richterstuhl treten und rein befunden werden."

Die Schwärmerin ist ganz in ihr zum Ausbruch gekommen — aber aus dem bleichen Antlitz sprach der Ausdruck eines großen, edlen Schmerzes.

Der Vorsitzende fordert den Staatsanwalt und die Verteidiger zu ihren Plaidoyers auf.

Der Staatsanwalt spricht kurz und sachlich.

Nicht die leiseste Spur eines Triumphes liegt auf seinem ernsten Gesicht, klingt durch seine Rede — nur der Hauch innerer Erregung ist weicher geworden noch und wärmer auf den sonst so strengen und unnahbaren Zügen.

Er schildert die Angeklagte als das, was sie ihm stets erschienen: als Schwärmerin, und je mehr er nun ihre Tat unter diesem Gesichtspunkte beleuchtete, um so verhöhnender werden seine Worte. Die Ueberlegung hält er für ausgeschlossen — mildernde Umstände reiht er zahlreich und wieder mit sehr geistreichem Scharfsinn aneinander, ohne je seiner Pflicht als Ankläger das geringste zu vergeben. Schließlich beantragte er eine Gefängnisstrafe. —

Auch die beiden Verteidiger fassen sich kurz — ihnen beiden ist ihr Irrtum noch sehr peinlich — besonders dem Justizrat, der während der letzten Stunde seinen Blick ängstlich gehütet hat, um nicht dem Auge des Staatsanwalts zu begegnen.

Aber der Angeklagten lassen sie ihre Niederlage nicht entgelten.

Dazu sind sie zu tief angefaßt von dem, was sich hier vor ihren Augen abgespielt.

Sie plaidieren beide mit den wärmsten Worten für völlige Freisprechung.

Der Gerichtshof verkündet nach dem Spruche der Geschworenen das Urteil — es lautet dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf Gefängnisstrafe.

Aber im Saale murmelt man bereits von Mund zu Mund, daß die Geschworenen selber ein Begnadigungsgesuch an die höchste Instanz absenden werden.

Die Angeklagte hat das Urteil mit großer Ruhe entgegengenommen.

Die Menge zerstreut sich — es ist lange Mitternacht vorüber, aber die Erregung dieses Prozesses pflanzt sich fort auf die Straße, in die Lokale, in die Häuser.

In dieser Nacht wird wenig geschlafen — überall spricht man von dieser denkwürdigen Verhandlung und über ihren unerwarteten Schluß.

In aller Munde ist der Name der Angeklagten — man entschuldigt, man rechtfertigt ihre Tat. —

Aber fast mehr noch geht ein anderer Name von Lippe zu Lippe.

Der Staatsanwalt ist der Held des Tages.

Man findet nicht Worte, seine Festigkeit, seine Energie, seinen Scharfsinn zu preisen.

Und diejenigen, welche bis zu diesem Tage am rücksichtslosesten auf ihn geschmäht haben, die rühmen ihn jetzt am lautesten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909291-15/fragment/page=0002

Wo bleibt der Strafantrag gegen Helfferich?

Ende Juni, als die Unterzeichnung des Schmachfriedens bevorstand, hat Staatsminister Helfferich seinen Feldzug gegen den Hauptschuldigen, den immer noch als Vizekanzler und Reichsfinanzminister amtierenden Herrn Erzberger, eröffnet. Nachdem die schweren Anschuldigungen durch Herrn Erzbergers verlegenen Versuche einer journalistischen Verteidigung unwiderlegt geblieben waren, wandte sich Helfferich am 17. August unter Uebersendung seiner Broschüre „Fort mit Erzberger!" an den Reichspräsidenten Ebert, mit dem Ersuchen, das Erforderliche für eine einwandfreie Feststellung des seinen Anschuldigungen zugrunde liegenden Sachverhalts in die Wege zu leiten. Der amtliche Telegraph machte daraufhin am 19. August bekannt, daß auf Antrag des Reichsfinanzministers das Reichsjustizministerium „bereits" am 16. August mit der „Prüfung der Unterlagen" eines gegen Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers einzuleitenden Strafverfahrens beauftragt worden sei. Es vergingen drei Wochen, ohne daß etwas weiteres geschah. Am 5. September wandte sich deshalb Helfferich erneut an den Reichspräsidenten, um die Angelegenheit in Erinnerung zu bringen. Darauf veröffentlichte der amtliche Telegraph ein Schreiben des Reichspräsidenten an den Staatsminister Helfferich, des Inhalts, daß das Reichskabinett „dieser Tage" beschlossen habe, beim preußischen Justizminister Strafantrag gegen Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers zu stellen. Inzwischen sind abermals drei Wochen ins Land gegangen, und die einzige, bisher in Erscheinung getretene Folge des Strafantrags gegen Helfferich ist, daß die Regierungspresse verkündigt hat, Herr Erzberger beabsichtigt nicht, aus der Sache einen politischen Prozeß werden zu lassen, sondern lediglich Herrn Helfferich einer Bestrafung wegen Beleidigung zuzuführen. Auch erfuhr man, welche Rechtsbeistände Herrn Erzberger in dieser Strafsache gegen Helfferich „verteidigen" würden, darunter der Präsident der Nationalversammlung, Herr Fehrenbach. Davon aber, daß der preußische Justizminister oder der Staatsanwalt bisher irgendwelche Schritte auf Grund des Strafantrags unternommen hätten, hat noch niemand — auch nicht der Nächstbeteiligte — bisher irgend etwas gehört.

Ein brennendes Bedürfnis nach Reinigung scheint also auf der Seite des laut Votum des Reichsjustizministeriums und des Reichskabinetts beleidigten Herrn Erzberger — er selbst hat für solche Dinge offenbar kein eigenes Gefühl — nicht zu bestehen. Oder sollte es ihm lediglich auf eine möglichst lange Galgenfrist ankommen, die er in einer Anwandlung übermenschlicher Großmut seinem Gegner wider dessen Willen aufdrängen will?

Nordwestdeutscher Handwerkerbund

In Hannover ist am 21. September in einer Versammlung von mehr als 600 Vertretern des Handwerks aus den Nordwestgebieten Deutschlands ein Nordwestdeutscher Handwerkerbund als politische Kampf- und Abwehrorganisation des deutschen Handwerks begründet worden. In der angenommenen Entschließung heißt es über die Forderungen der nordwestdeutschen Handwerker:

Sie fordern von der Regierung:

1. Anerkennung des Handwerks als eines durchaus selbständigen und gleichberechtigten Erwerbsstandes neben Industrie und Landwirtschaft.

2. Entscheidung über alle das Handwerk berührende Fragen in engster Verbindung mit dem Handwerk unter Ablehnung aller das Handwerk treffenden Kommunalisierungs- und Sozialisierungspläne.

3. Eine ebenso starke Vertretung im künftigen Reichswirtschaftsrat wie Handel, Industrie und Landwirtschaft.

4. Weiterbestehen, Schutz und Ausbau der gesetzlichen Handwerkerorganisation, wie Handwerkskammern und Innungen. Aufrechterhaltung der bisherigen gesetzlichen Rechte des Handwerks.

Sie fordern von den politischen Parteien:

Aufstellung zahlreicher Handwerkerkandidaten bei allen politischen Wahlen, und zwar an aussichtsreicher Stelle, sowie Bekämpfung aller das Handwerk schädigenden Maßnahmen.

Sie fordern von den Handwerkern:

Restlosen Zusammenschluß in zwölfter Stunde, um sich bis zum äußersten gegen alle das Handwerk in seinen Lebensbedingungen treffenden politischen Bestrebungen zu wehren.

Oberst Reinhardts Entschuldigungen

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin, 28. September.

Am 19. September hat Oberst Reinhardt dem Reichswehrminister folgende Erklärung abgegeben:

„Wie ich schon mehrfach gemeldet habe, weise ich es weit von mir, irgend welchen reaktionären Bestrebungen nahezustehen oder sie etwa selbst zu betreiben. Vielmehr bin ich nach Möglichkeit bemüht, die jetzige Regierung zu stützen und zu diesem Zwecke ihr zu helfen, die Ruhe und Ordnung in Deutschland wieder herzustellen. In diesem Sinne habe ich auch auf die mir unterstellten Truppen eingewirkt. Auch mein Verhalten der Regierung gegenüber während der letzten Kämpfe beweist, daß es meine Absicht ist, der Regierung ehrlich zu dienen. Ich habe meine loyale Haltung ausdrücklich durch die Verpflichtung bekräftigt, die ich mit meinem Eintritt in die Reichswehr auf mich genommen habe. Das Gelöbnis, das ich in den nächsten Tagen auf Grund der neuen Verfassung ablegen werde, wird meine Treue zur Regierung erneut beweisen. Die mir zur Last gelegten Aeußerungen über Mitglieder der Regierungen, sind, wenn sie gefallen sind, in der begreiflichen Erregung der damaligen Zeit gefallen und waren keineswegs für die Oeffentlichkeit bestimmt. Es hat mir fern gelegen, einzelnen Regierungsmitgliedern nahezutreten."

Das Reichskabinett hat bekanntgegeben, daß von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit durch das Reichswehrministerium Abstand zu nehmen ist.

*

Auslieferung der Milchkühe

Man schreibt dem „Nieuws Rotterdamsche Courant": Der Friedensvertrag von Versailles bestimmt, daß Deutschland 140 000 Milchkühe ausliefern muß, und Frankreich findet seinen Anlaß, auf diese Bestimmung zu verzichten oder doch vorläufig nicht auf ihre Ausführung zu bestehen. Die deutsche Regierung ihrerseits hat sich bereit erklärt, alle Bestimmungen des Friedensvertrages loyal auszuführen und hält sich für verpflichtet, auch dieser Friedensbedingung, wenn auch unter Protest, nachzukommen. Was dies bedeutet, kann sich erst diesen Winter zeigen, wenn die Kinder und Kranken in den Städten ganz ohne Milch bleiben werden. Verschiedene amerikanische und englische Vereinigungen haben eine Aktion eingeleitet, um die Folgen der Hungerblockade, wenigstens für die Kranken, Schwachen und Kinder, in Deutschland zu mildern und haben zu diesem Zwecke große Mengen Lebensmittel und besonders kondensierte Milch eingeführt. Die Ergebnisse dieser Aktion, die in Deutschland begreiflicherweise sehr gewürdigt wird, drohen durch das Festhalten Frankreichs an seiner Forderung nach Auslieferung der 140 000 Milchkühe wieder in Frage gestellt zu werden, und es werden vor allem wieder die deutschen Stadtkinder sein, die das entgelten müssen. Nach dem Elend von vier Kriegswintern gehen sie jetzt einem Winter entgegen, der die vier früheren an Entbehrungen und Elend noch zu übertreffen droht.

*

Die polnischen Grenzverletzungen

Eine deutsche Note

Berlin, 27. September.

In letzter Zeit ist das für den Abschnitt bei Thorn an der Netze geschlossene Waffenstillstandsabkommen polnischerseits durch wiederholte Patrouillenvorstöße gegen die Stellung der 4. deutschen Infanteriedivision und Dauerbeschießung des Ortes Klein-Opok verletzt worden.

Diese Vorfälle sowie das ganze Verhalten der polnischen Kommandostellen sind nicht zu erklären, wenn auf der Gegenseite der gute Wille wirklich besteht, weiteres, nach Lage der Sache für beide völlig zwecklosen Blutvergießen zu vermeiden.

Wiederholt haben die deutschen militärischen Stellen einen Austausch von Offizieren zur Ueberwachung bestimmter Frontteile angeregt und versucht, auf dem Wege unmittelbarer Verständigung die Beilegung der Waffenstillstandsverletzungen zu erreichen, aber stets haben diese Vorschläge Ablehnung erfahren.

Die deutsche Regierung hat sich nunmehr mit einer Note an die alliierten und assoziierten Mächte gewandt, in der diese unter Darlegung der obenstehenden Tatsachen gebeten wurden, auf die polnischen Kommandobehörden dahin zu wirken, daß sie auf die deutschen örtlichen Vorschläge zur Beilegung der Feindseligkeiten eingehen.

Nach den Darlegungen Clemenceaus in der französischen Kammer kann man einigermaßen ermessen, wie auf diese Note der deutschen Regierung geantwortet wird.

Die Aussichten für die Ratifikation in Amerika

Haag, 27. September.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Washington: Die Auffassung, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages ohne Amendement werde angenommen werden, verstärkt sich, da man sich darüber klar ist, daß der Präsident die Unterzeichnung des Vertrages bis zu den nächsten Wahlen aufschieben kann, und dann nur noch ein Drittel der Senatoren nötig ist, um die Ratifizierung des amendierten Vertrages zu verhindern. Die Gegner des Vertrages sind nicht imstande, die nötige Zweidrittelmehrheit aufzubringen. Auch haben sie nicht den Mut, die Verantwortung für eine weitere Verzögerung des Friedens zu tragen, da ihnen diese bei den Wahlen schaden würde. Die Anhänger des Präsidenten forderten am Montag Senator Lodge auf, das Amendement Johnson der Abstimmung im Senat zu unterwerfen. Lodge weigerte sich und schlug vor, die Angelegenheit zu verschieben. Die Entsendung des belgischen Kardinals Mercier übt einen starken Einfluß auf die kirchlichen Kreise aus. Sie setzen sich jetzt gemeinsam mit der Regierung und den Handelskreisen für die Ratifizierung ein.

Laut „Telegraaf" berichtet das „Wallstreet Journal": Der amerikanische Schatzamtssekretär erklärte, daß dem Ersuchen der Alliierten stattgegeben werde, die Zinsforderungen für die den Alliierten bewilligten Anleihen zu der Schuldsumme zu schlagen, mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten stunden den Alliierten die Zinszahlung.

*

Voller Eisenbahnerstreik in England

Auch die elektrischen Bahnen.

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Rotterdam, 28. Sept.

Nach Meldungen aus London ist der Eisenbahnerstreik von England in vollem Gange. Wie der Eisenbahnerverband mitteilt, umfaßt der Streik auch alle elektrischen Bahnen. Die Regierung erklärt, sie habe alle Maßregeln getroffen, um die Nahrungsversorgung der Bevölkerung zu sichern und sie hofft, daß die Lebensmittelzufuhr nichts zu wünschen übrig lassen wird.

Von einer anderen Seite wird gemeldet, die Regierung betrachte den Streik als einen Anschlag gegen die bürgerliche Gesellschaft. Sie wird alle Maßnahmen ergreifen, die ihr zur Verfügung stehen. Nötigenfalls müssen Truppen und Polizei verwendet werden. Freiwillige Arbeiter sollen eventuell durch Truppen geschützt werden. Alle Urlaube für Offiziere und Soldaten sind zurückgezogen worden.

*

Lloyd George nach Washington?

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

§§ Versailles, 28. Sept.

„Chicago Tribune" meldet, daß Lloyd George zur ersten Sitzung des Völkerbundes demnächst in Washington ankommen wird.

Das preußische Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz

Der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 zur Beschlußfassung zugegangen. Die Preußische Regierung schlägt eine Ergänzung der Reichsvorschriften nach drei Richtungen vor, und zwar mit Bezug auf die Enteignung, auf die Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter und auf die Landlieferungsverbände.

Bei der Enteignung lehnt sich der Entwurf an das Gesetz über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 20. März 1908 und an die Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, vom 11. September 1914 an. Nur soll an die Stelle des Bezirksausschusses und des Regierungspräsidenten der Präsident des Landeskulturamts treten, weil bei der Enteignung zu Siedlungszwecken besondere Fachkenntnisse erforderlich sind. Die Feststellung der Entschädigung soll im Streitfalle nicht, wie nach dem Enteignungsgesetz, auf dem Rechtswege erfolgen, sondern durch die Spruchkammer des Landeskulturamts; gegen deren Beschluß soll binnen zwei Wochen Beschwerde an das Oberlandeskulturamt zulässig sein.

Nach § 22 des Reichssiedlungsgesetzes können Landgemeinden oder Gutsbezirke verpflichtet werden, den im landwirtschaftlichen Betrieb ihres Bezirks ständig beschäftigten Arbeitern auf ihren Wunsch Gelegenheit zur Pacht oder sonstigen Nutzung von Land für den Bedarf des Haushalts zu geben. Die Beschaffung des hierzu erforderlichen Landes kann auf dreifache Weise erfolgen, nämlich entweder durch Hergabe von bereits vorhandenem Gemeinde- oder Gutsland, ferner durch Ankauf oder Pachtung im freien Verkehr und endlich im Wege der Enteignung oder der Zwangspachtung.

Nach den §§ 12 ff. des Reichssiedlungsgesetzes sind in den Ansiedlungsbezirken, deren landwirtschaftliche Nutzfläche nach der landwirtschaftlichen Betriebsleitung von 1907 zu mehr als 10 Proz. auf „große Güter" entfällt, die Eigentümer dieser Güter von mehr als 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zu rechtsfähigen Landlieferungsverbänden zusammenzuschließen. Nach dem Entwurf des Ausführungsgesetzes werden solche Verbände in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Schleswig-Holstein als Körperschaften des öffentlichen Rechts geschaffen. Der Entwurf gibt Vorschriften über die Satzungen und die Organisation dieser Verbände. Auch hier ist für Streitigkeiten die Spruchkammer des Landeskulturamts und in der Beschwerdeinstanz das Oberlandeskulturamt zuständig. Nach der Begründung des Entwurfs entfallen auf „große Güter" im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes in Ostpreußen 58,4, in Westpreußen 36,9, in Brandenburg 35,5, in Pommern 53,2, in Posen 46, in Schlesien 37, in Sachsen 27,2 und in Schleswig-Holstein 15,7 Prozent. Dagegen bleiben die Provinzen Hannover (5,9), Westfalen (6,6), Hessen-Nassau 5,8), die Rheinprovinz (3,5), die Hohenzollernschen Lande (2,1 Prozent) hinter der gesetzlichen Grenze zurück.

Halle und Umgebung

Halle, 29 September.

Nationaler Arbeitertag in Halle

Am gestrigen Sonntag fand hier eine bedeutsame Tagung des Deutschen Arbeiterbundes für die Industrie- und Bergarbeiter der Provinz Sachsen, Anhalts und Thüringens statt. Die Versammlung war äußerst stark besucht. Es waren Vertreter aus den Industriebezirken der ganzen Provinz sowie von verschiedenen Bergwerksbetrieben Mitteldeutschlands, ferner zahlreiche Freunde der nationalen Arbeiterbewegung anwesend. Die Versammlung nahm einen graufarbigen Verlauf und bewies, daß die nationale Arbeiterbewegung trotz aller roter Agitation wieder zu neuem Leben erwacht.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Der am 28. September in Halle a. d. S. stattgefundene starkbesuchte Industrie- und Bergarbeitertag für die Provinz Sachsen sieht in der bisherigen Tätigkeit der sozialdemokratischen („freien") und ihnen verwandten Gewerkschaften keinen Segen, sondern im Gegenteil ein großes nationales, soziales, wirtschaftliches und moralisches Unglück für das deutsche Volk und damit für die deutsche Arbeiterschaft. Die versammelten Industriearbeiter und Bergarbeiter fordern deshalb die Industriearbeiter und Bergarbeiter der Provinz Sachsen auf, sich von den Predigern und Unterstützern des unser Wirtschaftsleben ruinierenden Klassenkampfes und von den an der Verfluchung unseres Volkes hauptsächlich schuldigen, fruchtlosen internationalen Schwärmereien abzuwenden und einzutreten in die Reihen der dem Arbeiterwohl wirklich dienenden Abteilungen der Industrie- und Bergarbeiter des deutschen Arbeiterbundes, der auf nationaler und deshalb auf wirtschaftsfriedlicher Grundlage und auf der Betriebsorganisation mit Fachgruppen fußenden Einheitsgewerkschaft."

Wir werden über diese Tagung in der nächsten Nummer ausführlich berichten.

Schwurgericht.

Schwerer Landfriedensbruch.

In der Sitzung am 27. September unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Krüger vertrat Assessor Dr. Müller die Anklagebehörde. Wegen schweren Landfriedensbruches wurde verhandelt gegen das Dienstmädchen Martha Deutloff, den Handelsmann Gustav Kretzschmer und den Arbeiter Gustav Mahler. Die noch nicht bestrafte Deutloff war bei Begehung der Tat eben 18 Jahre alt geworden. Sie ist geständig, am 2. März abends auf dem Nachhausewege bei S. Weiß, wo geplündert wurde, einen Hut, eine lederne Handtasche, Zwirn und Band genommen zu haben, davon hat sie etwas aus dem Leden geholt, während ein Teil draußen lag. Alle Sachen wurden ihr von Landesjägern wieder abgenommen. Die Angeklagte wurde des schweren Landfriedensbruches unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig befunden und vom Gericht zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt; ein Monat der Untersuchungshaft wurde als verbüßt in Anrechnung gebracht. — Kretzschmar ist 1878 geboren und während des Krieges auch im Heeresdienste gewesen. Bei Hausuchungen, die am 4. und am 6. März in seiner Wohnung, Kl. Schloßgasse, vorgenommen waren, hatte man eine große Menge Sachen, fein säuberlich unter Lumpen versteckt, aufgefunden, darunter 2½—3 Zentner gefüllte Büchsen mit Konserven sowie Wein. — Mahler ist 1880 geboren; auch bei ihm wurden Konserven gefunden, aber auch eine zerschnittene Messingstange, ein Garderobeständer, Kupfergeschirre, alles von Broskowski stammend, sowie eine Papierstoffhose. Kretzschmar will sich fast an nichts mehr erinnern, er sei betrunken gewesen, gibt auch zu, bei Broskowski im Keller gewesen zu sein und mit anderen Wein getrunken zu haben; auch Mahler hat mit getrunken. Der Anteil der beiden Angeklagten an den gepfänderten Sachen, die auf dem Boden des Hauses gefunden worden, sind läßt sich nicht genauer feststellen; ein ganzer Wagen war nötig, um die Sachen fortzuschaffen. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagte schuldig des schweren Landfriedensbruches unter Zubilligung mildernder Umstände. Das Gericht verurteilte Kr. zu 2 Jahren, Ma. zu einem Jahre 9 Monaten Gefängnis und zu je 3 Jahren Ehrverlust; jedem wurden 5 Monate der Untersuchungshaft als verbüßt in Anrechnung gebracht.

— **Wohnungsfürsorge für Flüchtlinge.** Für Flüchtlinge und Vertriebene aus den abgetretenden Gebieten muß laut Verordnung vom 22. September 1919 Unterkunft beschafft werden. Bei der herrschenden Wohnungsnot ist Unterbringung in den sonst zur Verfügung stehenden freien Wohnungen nicht möglich, weshalb Bürgergarderen herangezogen werden müssen. An alle Inhaber größerer Wohnungen (von 6 Zimmer und mehr) ergeht daher die Aufforderung, Räume freiwillig zur Verfügung zu stellen und es nicht auf den sonst unvermeidlichen Zwang ankommen zu lassen. Zur Erleichterung der Unterbringung und Milderung des Wohnungsmangels wird ferner empfohlen, Angehörige, Verwandte, Bekannte mit eigenem Haushalt bei sich aufzunehmen, die nachweislich andere Wohnungen im Stadtbezirk freimachen. Nur in diesem Falle kann auf Zwangseinquartierung verzichtet werden. Das Publikum wird gebeten, größere, nicht voll ausgenutzte Wohnungen oder sonst zu Wohnzwecken geeignete Räume dem Wohnungsamt sofort zu melden und dieses so in seiner schwierigen Aufgabe der Bekämpfung der Wohnungsnot zu unterstützen. Alle Mitteilungen sind an das Wohnungsamt, Gr. Berlin 11, zu richten.

— **Beleuchtungsanlage für die Universitätsklinik.** Ein Nachtragsetat, der der preußischen Landesversammlung zuging, fordert 28 000 Mark zur Herstellung einer elektrischen Lichtanlage im anatomischen Institut der Universität Halle. Die alte Gasbeleuchtungsanlage, die auch für anatomische Arbeiten unzweckmäßig ist, ist verbraucht,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909291-15/fragment/page=0003

Sportblatt der „H Z"

Liga-Fußball

In der Sportsprache unserer Stadt und auch in der des mitteldeutschen Verbandsgebietes, ist ein neues Wort erschienen, von vielen benutzt und nur von wenigen verstanden: Liga-Fußball. Wenn sich schon große Teile der Sportwelt über Art und Gebrauch des Wortes Liga nicht klar sind, so trifft dieses noch mehr bei vielen dem Sport fernstehenden zu, die aber trotzdem die Vorgänge im sportlichen Leben verfolgen, da dieses nun einmal zum Rüstzeug des gebildeten Menschen von heute gehört. Vom Sport liest und spricht man heute auch in Kreisen, die selbst keinen Sportzweig betreiben oder auch nie betrieben haben. Man muß aber in dieser Zeit darüber im Bilde sein, da unser öffentliches Leben in einer Weise von dem Drange unseres Volkes nach turnerischer oder sportlicher Betätigung beherrscht wird, wie nie zuvor. Der sportliche Sprachschatz ist heute alt und jung geläufig und jedes neue Wort wird schnell aufgegriffen und angewandt. Zu den Termini technici des Sportes ist jetzt das Wort Liga getreten. Bisher kannte man diese Bezeichnung nur in Süddeutschland und Berlin, wo die beste Klasse der Fußballvereine den stolzen Titel Liga-Vereine führen durften. In Mitteldeutschland und anderswo behalf man sich noch mit der Bezeichnung „erstklassig", d. h. die besten Mannschaften in den Gauen waren in der 1. Klasse zusammengefaßt, so daß Spiele dieser Mannschaften untereinander das Prädikat „erstklassige Wettspiele" erhielten. Jetzt spricht man von Ligaspielen, Ligaklasse und Ligakönnen. Wie ist man nun hier und in Mitteldeutschland zu dem Worte Liga gekommen, und in welcher Beziehung wird das Wort gebraucht? Bisher war das mitteldeutsche Verbandsgebiet nach Gauen eingeteilt, die ihre Meister ausspielten und deren Meister dann unter sich den Besten, den Verbandsmeister, herausspielten. In den Gauspielen blieben die Ortsvereine unter sich und kamen dadurch in Gefahr, daß ihre Spielstärke durch den engen Rahmen der Kämpfe mit alten und bekannten Gegnern stagnierte, wenn nicht gar zurückging. Man kannte sich in- und auswendig, und das nahm den Kämpfen den Reiz und das sportliche Interesse. Die Spielstärke der Mannschaften zu heben, den Kämpfen neue Gesichtspunkte zu geben, den Vereinen neues Blut zuzuführen, das hat zur Einführung der Ligaspiele geführt. Man faßte mehrere Gaue zu einem Kreise zusammen und schuf auf diese Weise in Mitteldeutschland 6 Kreise, die ihre Meister nicht mehr auf dem Wege über die Gaue finden, sondern die besten Mannschaften eines Kreises, also mehrere Gaue zu den Meisterschaftskämpfen zusammenführt. Die Liga ist demnach der Bund der Besten eines Kreises. Und die Vereine, die mit ihren ersten Mannschaften an den Spielen teilnehmen dürfen, sind die Ligavereine, die Liga-Fußball spielen. Zu diesen Erwählten zu gehören, ist natürlich der Ehrgeiz aller Vereine, und die Kämpfe fordern allen Beteiligten das Letzte und Höchste ab, um entweder in der Extraklasse zu bleiben oder in sie hineinzukommen. Dieser Bund hat zunächst noch einen sehr kleinen Rahmen, da die Kreise noch sehr begrenzt sind. Im Kreise Leipzig z. B. spielen zunächst nur die Leipziger Vereine, während im Kreise Thüringen die besten Mannschaften aus Erfurt, Gotha und Jena eine Liga bilden. Aufbauend auf diesen Kreisen, wird sich später, wenn die Verkehrsverhältnisse sich gebessert haben, eine Liga für das gesamte mitteldeutsche Sportgebiet bilden und damit besser den Ausdruck Liga treffen als in den kleinen Grenzen der Kreise. Wenn dann für ein so großes Sportgebilde nur zehn bis zwölf Mannschaften den Ligatitel führen (gegenwärtig gibt es in Mitteldeutschland rund 50 Ligavereine, eine Zahl, die für Ligaklasse viel zu hoch ist, da es so viele Mannschaften mit dem dazu notwendigen Können nicht gibt), dann wird auch die Bezeichnung Ligamannschaft und Ligaklasse dem Ideal nahe kommen, dann vereinigen sich in dieser Klasse wirklich nur die Besten der Besten und bilden den Bund — die Liga. Zurzeit bildet also unser Ligasystem nur den Uebergang zu etwas Besserem. Verengt sich im Laufe der Jahre der Ligabegriff immer mehr, dann hebt sich naturgemäß auch die 1. Klasse, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts anderes ist als eine verschleierte 2. Klasse. In dem Augenblicke, in dem große und starke Vereine der 1. Klasse durch Begrenzung der Liga zugeführt werden, in dem Augenblick hebt sich der Respekt vor beiden. Die wenigen Auserwählten sind dann wirkliche Ligaklasse und die breiter angelegte 1. Klasse wird als solche die verdiente Beachtung finden, da sie der eigentliche Träger des Ligagedankens ist, da sie den jeweils Besten ihrer Klasse nach oben abgibt und so die Spielstärke der Liga reguliert.

Wieweit sich einmal diese Gedanken auf das ganze Reichsgebiet, wie z. B. in England, übertragen lassen, steht dahin, da einmal die Verbände ein natürliches Hindernis für diese Entwicklung bilden und zum andern die Entfernungen noch eine zu große Rolle spielen. Entwickelt sich das Verkehrswesen durch Schnellbahnen und Flugwesen weiter so wie bisher, dann sind die ersten Vorbedingungen für einen großen deutschen Ligagedanken geschaffen. Doch bis dahin wird das seine Zeit brauchen.

Hans Hädicke.

*

Stadt-Achter-Rennen

Das vom Saale-Regatta-Verein veranstaltete Stadt-Achter-Rennen nahm gestern einen guten Verlauf. Es beteiligten sich daran die hiesigen Verbandsvereine: der „Hallesche Ruder-Klub", der „Hallesche Ruderverein Böllberg" und die „Rudergesellschaft von 1874". Der Start war an der sogenannten Ochsenbrücke in der Nähe von Lehmanns Felsen, das Ziel an der „Saalschloßbrauerei".

Das Boot der Halleschen Rudergesellschaft von 1874 liegt im Start eine halbe Länge gegen das Boot des Halleschen Ruder-Klubs vor und dieser wieder eine halbe Länge gegen das Boot des Halleschen Rudervereins Böllberg. Vom Start gelang es der H. R.-G. von 1874 so gut loszukommen, daß es sich bereits bei 400 Meter gegen das Boot des „H. R.-K." eine Länge vorarbeiten konnte. Die Rudergesellschaft von 1874 ging daraufhin, je mehr es sich der Kurve nähert, ohne weiteres in das Fahrwasser des „H. R.-K.", dadurch so stark behindernd, daß er auf 1000 Meter auf zwei Längen zurückfällt. Dem „H. R.-V. Böllberg" ist es auf der Innenseite der Bahn gelungen, mit der „[illegible] von 1874" Schritt zu halten, so daß die Boote etwa gleich liegend die Cröllwitzer Brücke passierten. Die „R.-Ges." macht dadurch das Fahrwasser des „H. R.-K." wieder frei und kann, nachdem sie den Bogen sehr schön abgeschnitten hat, das Rennen für sich entscheiden. Die Boote sind hart auf hart durchs Ziel gegangen. Der „H. R.-K." hatte sich bis auf eine Länge herangearbeitet, während der „H. R.-V. Böllberg" nur um eine halbe Länge hinter dem Sieger zurückblieb.

*

Die Ligaspiele des Sonntags

Wieder ein Tag der Ueberraschungen. — Wacker und Borussia geschlagen. — Alle Liga-Mannschaften punktgeschwächt.

Auch der dritte Spielsonntag wartete mit einer Reihe von Ueberraschungen auf, die das Stärkeverhältnis der Mannschaften untereinander in helle Beleuchtung rücken. Soviel kann jedenfalls schon gesagt werden, daß wir zurzeit eine wirklich überragende Mannschaft im Kreis nicht besitzen, sondern daß die Spielstärke so fein abgewogen ist, daß eine Voraussage kaum möglich und jeder Spielausgang denkbar ist. Bereits nach dem dritten Spieltag ist keine Mannschaft ohne Punktverlust geblieben und besonders Wacker und Borussia werden ihn schmerzlich empfinden, da beide noch ungeschlagen waren. Bemerkenswert ist vor allem der Sieg der Sportfreunde über Wacker mit 2:1. Nachdem die Sportfreunde ihre bisherigen Verbandsspiele verloren und Wacker die seinigen gewonnen hatte, glaubte man in dem Spiele in Wacker den sicheren Sieger zu erblicken. Es kam wieder einmal anders. Sportfreunde spielten ein glänzendes Spiel und hatten mehr vom Spiel als der knappe Sieg von 2 : 1 besagt. Das Eckenverhältnis gibt den Spielverlauf besser wieder, denn es steht 12 : 3 zu Gunsten von Sportfreunde. Wacker enttäuschte. Man hatte von der Mannschaft nach ihren beiden Siegen mehr erwartet. Aber eines muß ihr und auch der siegreichen Mannschaft zum vollen Lobe nachgesagt werden. Sie boten beide einen vorbildlichen Kampf, der, trotzdem das Spiel bis zum Schluß unentschieden stand, stets peinlich fair blieb. Das schöne Spiel entzückte den Sportsfreund und dürfte lange in der Erinnerung der zahlreichen Zuschauer bleiben. Es bewies, daß der Kampf um die Punkte den Sport selbst nicht beeinträchtigt und ebenso vollendet durchgeführt werden kann wie jedes Freundschaftsspiel. Das Spiel hatte einen eigentümlichen Verlauf. Wacker legte durch Rackwitz ein Tor in der ersten Halbzeit vor. Mit dem Halbzeitpfiff holt Sportfreunde das Tor durch halblinks auf. Trotzdem nun letztere in der zweiten Halbzeit mehr vom Spiel haben, will es nicht zum siegenden Tor langen. Auch Wacker hatte zweimal glänzende Schußgelegenheiten, aber Rackwitz hebt den Ball aus kurzer Entfernung über das Tor. Da, als alles auf den Schlußpfiff wartet, verwirkt Wacker einen Eckball, der zweimal getreten mit dem Schlußpfiff zusammen den Sportfreunden das siegende Tor bringt. Damit holten sich die Blaugelben die ersten Punkte von einer der stärksten Mannschften der Ligaklasse. Hervorragend war die Hintermannschaft beim Sieger und Dewitz im Sturm, der mit jugendlicher Frische die Seele der Mannschaft war und den Angriff meisterhaft führte und stützte. Ihm und der Verteidigung danken die Sportfreunde in erster Linie den Sieg. Bei Wacker war die Verteidigung sehr gut; ebenso die Läuferreihe, während der Sturm weniger befriedigen konnte. Er war reichlich langsam. — Eine weitere Ueberraschung bereitete der V. f. B.-Merseburg, indem er Borussia glatt 3 : 1 schlug. Nach dem hohen Siege der Borussen über Halle 96 hatte man felsenfest mit einem weiteren Sieg ihrerseits gerechnet. Lange stand das Spiel 1 : 0 für V. f. B. und der Ausgang erschien völlig ungewiß, als der Kampf in den letzten 10 Minuten einen völlig unerwarteten Ausgang nahm. Merseburg holte nach schwungvollem Stürmerspiel noch zwei weitere Tore heraus, so daß sein Sieg nicht mehr gefährdet war, auch dann nicht, als Borussia zu seinem verdienten Ehrentore kam. Das Spiel war unheimlich schnell und aufregend bis zum Schluß. Mit dem Siege bleibt V. f. B. in der Spitzengruppe und steht auf gleicher Höhe mit Wacker, ohne jedoch dessen Torresultat zu erreichen. Immerhin. Maßgebend sind in erster Linie die Punkte. — Sportverein 98 schlug Wacker-Nordhausen sicher mit 4 : 0 und buchte damit seinen ersten Sieg. Damit schiebt sich der Sportverein an vierte Stelle im Kreis, eine Position, die er sicher noch verbessern wird. Das Spiel endete erwartungsgemäß und beweist, daß das unentschiedene Resultat vor einigen Wochen zwischen beiden Mannschaften ein Zufallsresultat gewesen ist. — Favorit trennte sich in Naumburg vom Sportverein 05 mit 3 : 3 und büßte damit den ersten Punkt ein. Augenblicklich steht Favorit im Kreise mit 5 Punkten ungeschlagen an der Spitze. Es ist aber fraglich, ob sich die Elf dort halten wird, sie hat sich auf jeden Fall bis jetzt gut geschlagen und kann sich über ihre Erfolge ehrlich freuen. Die nächsten Spiele werden Favorit vor schwere Aufgaben stellen und die Mannschaft wird es nicht leicht haben, die Spitze zu halten.

Der Stand der Ligakämpfe nach dem letzten Spieltage ist folgender:

	Gesp.	Gew.	Unentsch.	Verl.	Torverh.	Punkte
Favorit	3	2	1	—	7 : 5	5
Wacker	3	2	—	1	11 : 3	4
V. f. B.-Merseb.	3	2	—	1	7 : 5	4
Sportverein 98	2	1	1	—	5 : 1	3
Naumburg	3	1	1	1	11 : 11	3
Borussia	2	1	—	1	6 : 4	2
Sportfreunde	3	1	—	2	3 : 6	2
Halle 96	2	—	1	1	2 : 6	1
Nordhausen	3	—	—	3	3 : 14	0

*

Resultate des Sonntags

Halle.

Liga: Sportfreunde—Wacker 2 : 1.
V. f. B.-Merseburg—Borussia 3 : 1.
Sportverein 98—Wacker-Nordhausen 4 : 0.
Favorit—Sportverein 05-Naumburg 3 : 3.
I. Klasse: Preußen—Sportlust 7 : 1.

Weitere Resultate: Wacker Res.—Sportfreunde Res. 1 : 0. Wacker III—Borussia III verliert 2 : 5. Wacker IV—Borussia IV 4 : 3. Wacker V—V. f. B.-Trotha III verliert 4 : 5. Wacker Jugend I—Favorit Jugend I verliert 1 : 2.

Sportverein 98 Res.—Favorit Res. 3 : 1. Sportverein 98 III gegen Favorit III 1:2. Sportv. 98 Jugend—Halle 96 Jugend I 3:5.

V. f. B. (Halle 96) II—Sportfreunde II 9 : 1. 96 III gegen V. f. B.-Merseburg 1 : 0.

Auswärtige Resultate.

Magdeburg: Ligaspiele. Sp.-Cl. 1900—Magdeburg S. V. 2 : 0 (2 : 0). Germania—Weitstoß-Schönebeck 5 : 1 (1 : 0). **Jena:** V. f. B.—Vimaria-Weimar 1 : 0. **Erfurt:** Sportklub gegen Sportverein 3 : 0. **Gotha:** V. f. B.-Erfurt—Gotha 1901 4 : 1. **Ilmenau:** Sportverein—Wacker-Gotha 4 : 0. Germania gegen Sportverein Mühlhausen 2 : 2.

Hockey. Magdeburg: S. V. Viktoria—V. f. B. (fr. 96) 5 : 1 (3 : 1).

Rennen zu Berlin-Grunewald

Sonntag, den 28. September.

(Eigene Drahtmeldung.)

1. **Preis von Charlottenthal.** 8000 Mark, 1800 Meter. 1. Das Pupperchen (Berthub), 2. Ulan 2, 3. Eberesche. Toto für Sieg: 57. Platz 19, 21, 21. Ferner liefen: Gebhard, Fritzi, Gratulation, Friedensritter, Ikaris, Mardonias, Blumenkönigin, Schallick, Elschen.

2. **Waldfried-Rennen.** 12 000 Mark, 1000 Meter. 1. Libelle (Schmidt), 2. Sullana, 3. Mittelstraße. Toto für Sieg: 25. Platz: 14, 15, 27. Ferner liefen: Fieboge, Reihard, Fischerin, Landvogt, Orlog, Rittersporn, Hexenmeister, Komponist, Heilkünstler, Briese, Flamme, Fredegunde, Notbremse, Glatteis, Georgia, Sauerklee.

3. **Hohenlohe-Oehringen-Rennen.** 40 000 Mark, 2600 Meter. 1. Eckstein (Janek), 2. Schnellfeuer, 3. Harlekin. Toto für Sieg: 36. Platz 17 : 24. Ferner liefen: Maraban, Indus.

4. **Preis von Bärfelde.** 12 000 Mark, 1200 Meter. 1. Mazeppa, 2. Medardus, 3. Ireen. Toto für Sieg: 159. Platz: 46, 27, 211. Ferner liefen: Heribert, Springer, Glanz, Gondler, Gerd, Puschkin, Offensive, Granit, Patriot, Harmonie, Siamit.

5. **Mephisto-Ausgleich.** 12 000 Mark, 1500 Meter. 1. Salas y Gomez (Wodke), 2. Auffahrt (Bleuler), 3. Narew. Toto für Sieg: 56, 62. Platz 65, 49, 73. Ferner liefen: Eskadron, Eilpost, Reinfall, Fra Diavolo, Indling, Lotse, Alea, Heidelerche, Rosenbuch, Steinkohle, Luftikus, Brummer, Helmchen, Ahnung, Polka, Fafner, Rohodommel.

6. **Ratibor-Rennen.** 27 000 Mark, 1200 Meter. 1. Wallenstein (Zimmermann), 2. Ostern, 3. Elga. Toto für Sieg: 120. Platz: 16, 11, 12. Ferner liefen: Wellenschaum, Margrit, Leichtsinn, Glimmer, Symbol, Hussa, Seehausen.

7. **Schadow-Rennen.** 10 000 Mark, 1800 Meter. 1. Peredur (Bleuler), 2. Gral, 3. Sterna. Toto für Sieg: 59. Platz: 14, 13, 11. Ferner liefen: Dynamit, Schwerenöter, Tartarie von Taraska, Slota Lipa, Trompeter, Hodeida, Erbschleicher.

8. **Kisber-Ausgleich.** 16 000 Mark, 2800 Meter. 1. Persikus (Wenzel), 2. Germinal, 3. Revalin. Toto für Sieg: 49. Platz: 18, 16, 17. Ferner liefen: Palestro, Chamisso, Sunnihill, Carla, Algebra, Rokamadona, Luzifer, Kürassier.

Rennen zu Hamburg

Sonntag, den 28. September.

(Eigene Drahtmeldung.)

1. **Jugekarennen.** 8000 Mark, 2400 Meter. 1. Widerstand, 2. Parkgräfin, 3. Gemsjäger. Toto für Sieg: 33, Platz: 18, 70, 46. Ferner liefen: Ribisel, Karola, Prahlhans, Narval, Polonia, Neulüß, Midham, Feuerbach, Mondnacht, Tagedieb.

2. **St. Georg-Jagdrennen.** Ehrenpreis und 8000 Mark, 4500 Meter. 1. Fayence, 2. Artilleriefeuer, 3. Phantast. Toto für Sieg: 40. Platz: 11, 14. Ferner liefen: Allerweltskerl, Tanzmeister.

3. **Poppenbütten-Jagdrennen.** 11 000 Mark, 3200 Meter. 1. Balaleika, 2. Grenze, 3. Jodler. Toto für Sieg: 137; Platz: 25, 14, 14. Ferner liefen: Titus, Kandpas, Bummler, Kapitalist.

4. **Borsteler Herbstrennen.** 26 000 Mark, 5000 Meter. 1. Agamemnon, 2. Onix, 3. Lustige Sieben. Toto für Sieg: 17; Platz: 13, 32, 29. Ferner liefen: Savanyn, Milton, Wolpoto, Dux, Fachinger, Ganymeda.

5. **Bramfelder Jagdrennen.** Ehrenpreis und 9500 Mark, 3200 Meter. 1. Münkacs, 2. Orestes, 3. Ist gemacht. Toto für Sieg: 56; Platz: 14, 12, 16. Ferner liefen: Sonntagsmädel, Sympathie, Fanal, Pro Patria, Fliegender Aar, Pippin.

6. **Alsterkamp-Jagdrennen.** 8000 Mark, 4000 Meter. 1. Courier, 2. Wintersaat, 3. Sperrfeuer. Toto für Sieg: 31; Platz: 11, 10, 12. Ferner liefen: Thisbe, Liebermann, Fatma, Mandoline.

7. **Roterbaum-Hürdenrennen.** 9500 Mark, 3300 Meter. 1. Ochrida, 2. Gyp, 3. Goldstrom. Toto für Sieg: 41; Platz: 21, 27. Ferner liefen: Mantel, Naseweis.

*

— **Eine Besteuerung von Sportgeräten mit 10 Proz. Luxussteuer** ist nach dem Entwurf des neuen Umsatzsteuergesetzes geplant, da der Gesetzgeber annimmt, daß der Sport gewissermaßen ein Privileg der wohlhabenden Klassen ist und diese durch eine solche Abgabe erfaßt würden. Dem ist aber durchaus nicht so, denn das Hauptkontingent unserer Turner, Fußballspieler, Leichathleten usw. stellt gerade die werktätige Bevölkerung und ferner werden bekanntlich etwa 70 Proz. der Sportartikel und Spielgeräte von der mindest- und minderbemittelten Bevölkerung gekauft, und zwar vornehmlich von Jugendlichen. Gegen eine solche Belastung der Sport- und Spielgeräte sprechen eine Reihe triftiger Gründe, die wir im nachstehenden kurz aufführen wollen: 1. Es würde eine Erschwerung der sportlichen Betätigung in unserem Volke bedeuten und der durch große Geldsummen unterstützten und mehr als je von Staat und Behörden geförderten Pflege der Leibesübungen widersprechen. Wie soll ohne Sport im weitesten Sinne die stark geschwächte Volksgesundheit wiedererstarken? 2. Die Besteuerung und die durch sie unvermeidlich werdende Erhöhung der Verkaufspreise von Sportartikeln würde also auf eine Besteuerung der Volksgesundheit hinauslaufen. 3. Der durch den Krieg schwer betroffenen und im Hinblick auf unsere Gesamtlage jetzt um ihre Existenz kämpfenden deutschen Sportartikelindustrie würden weitere Daumschrauben angelegt, die sie zu vernichten drohen. Sie muß im Gegenteil aus tausend naheliegenden Gründen kräftigst gefördert werden. Es berührt eigenartig, daß eine Besteuerung von Büchern, mit Ausnahme von denjenigen in Luxuseinbänden, nicht erfolgen soll, und zwar sagt hier der Gesetzgeber: „Dieses liegt im Interesse der Ausbreitung der Volksbildung, und der deutsche Buchhandel verdankt seine Stellung und seine Bedeutung im Welthandel der Billigkeit seiner Bücher. Es sei also wünschenswert, dem deutschen Buchhandel diese Stellung zu erhalten", und deswegen sollen Bücher steuerfrei bleiben. Schon den alten Römern war es nichts neues, daß im allgemeinen ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnen kann. Wir müssen erst kräftige Menschen heranbilden, ehe dieselben sich mit geistiger Arbeit befassen können, und deswegen muß mit allem Nachdruck die Gleichstellung von Sportgeräten mit Büchern, also auch die Steuerfreiheit der ersten, gefordert werden. Es steht zu hoffen, daß die Nationalversammlung bei Durchberatung des Umsatzsteuergesetzes den durchaus berechtigten Einwendungen der an der Ertüchtigung unserer Jugend und Gesundung aller Volkskreise tätigen Kräfte insofern Verständnis entgegenbringen wird, daß die beabsichtigte Besteuerung der Sportartikel, welche an und für sich nur ein geringes Erträgnis haben kann, unterbleibt.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909291-15/fragment/page=0004